

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,00. Monatlich 37 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4089 n. 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Pettzelle oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 166.

Dienstag, den 18. Juli 1898.

5. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Gesundheitsgefährliche Betriebe.

Zu welcher grauenvoller Rücksichtslosigkeit die kapitalistische Ausbeutung führt, zeigt die Schilderung einiger der gesundheitsgefährlichsten Betriebe, die in dem „Jahresbericht der preussischen Gewerbe-Aufsichtsbeamten für 1897“ bei Erörterungen des gesundheitlichen Maximal-Arbeitstages erfolgt. Dabei können die Berichte das Unheil nicht einmal in seiner ganzen Ausdehnung zeigen, weil die Beobachtungen der Beamten durch Mangel an Zeit und genügenden Unterlagen eingeschränkt wurden. Sie schildern also nur einen Theil, keineswegs die Gesamtheit der Industrien, in denen die Gesundheit der Arbeiter zu Grunde gerichtet wird.

Die Ursache der Erkrankungen ist stets eine doppelte: die Beschaffenheit der Werkstätten (verdorrene Luft, Staub, giftige Dämpfe) und die Länge der Arbeitszeit. Bei gleicher Länge der Arbeitszeit wird diejenige Thätigkeit um so schlimmer auf den Arbeiter einwirken, die er in einem „ungefunden“ Berufe vornimmt, und um so weniger, je mehr Werkstatt und Werkstattmaschine den hygienischen Anforderungen entsprechend eingerichtet sind. Aber auch „gesunde“ Berufe wirken krankmachend, wenn die Arbeitszeit eine zu lang andauernde ist oder es an genügenden Pausen fehlt, wobei noch, wie auch bei den „ungefunden“ Berufen, die individuelle Widerstandsfähigkeit des Arbeiters, bedingt durch Geschlecht, Alter, Lohn und entsprechende Lebenshaltung (Ernährung, Wohnung) ausschlaggebend ist. Dabei stehen Lohnhöhe und Arbeitsdauer in einem inneren Zusammenhange; beide werden sie gemeinsam beeinflusst von der sozialen Widerstandsfähigkeit der Arbeiter, die meistens in der Stärke ihrer Berufsorganisation zum Ausdruck kommt. Durch diese soziale Macht des Arbeiters wird sein Lohn wie seine Arbeitszeit weit mehr beeinflusst, als durch die Schwere und Gesundheitsgefährlichkeit der Arbeit; deshalb haben auch besonders die unorganisierten und schwer zu organisierenden ungelerten Arbeiter selbst in den ungeeignetsten Betrieben, wie z. B. den chemischen Fabriken, die längste Arbeitszeit und die niedrigsten Löhne — ganz entsprechend der Rücksichtslosigkeit des Kapitalismus, für den nicht Fragen der Menschlichkeit, sondern nur der Macht entscheidend sind.

Man darf also nicht nur nach der Stundenzahl der Arbeitszeit entscheiden, ob, wie § 120e Absatz 3 der Gewerbe-Ordnung sagt, durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, auch nicht nur nach der individuellen Widerstandsfähigkeit des Arbeiters (ob Arbeiterinnen, ob jugendliche oder erwachsene Arbeiter), sondern auch nach der sozialen, und ferner auch danach, wie weit es gelungen ist, den § 120a der Gewerbe-Ordnung zur Geltung zu bringen, welcher fordert, „daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit so geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet.“

Bei der Unvollkommenheit, mit der heute der Arbeiterschutz durchgeführt wird, ist durch die Fassung des § 120a der schlimmsten Gesundheitsgefährdung der übergroßen Mehrzahl aller Arbeiter noch Thür und Thor geöffnet, weil bei Entscheidung der Frage, ob die „Natur des Betriebes“ die Anlage von Ventilatoren, luftigen Werkstätten und dergleichen ermöglicht, besonders bei den bestehenden, oft ohne jede Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeiter gebauten Anlagen sowohl von Seiten des Staates wie seiner Beamten noch viel zu viel Rücksicht auf die Unternehmer genommen wird! Die Einführung eines gesundheitlichen Maximal-Arbeitstages könnte also dort, wo eine durchgreifende Sozialreform verstimmen muß, gerade den Geplagtesten und — wie wir schon zeigten — gleichzeitig auch sozial Widerstandsunfähigsten etwas Hilfe gewähren.

Der Potsdamer Gewerberath Dr. von Adiger erwähnt in seinem eingehenden Berichte, daß die französische Gesetzgebung 127, die belgische 122 gesundheitsgefährliche Betriebe annehme, in denen ein Maximal-Arbeitstag erforderlich ist. Bei uns sind vom Bundesrath 17 Verordnungen erlassen worden, von denen sich 16 auch auf die Arbeitsdauer beziehen. Der

Potsdamer Beamte schlägt noch 42 Gewerbe vor, für welche die Einführung eines gesundheitlichen Maximal-Arbeitstages mit entsprechenden Arbeitspausen und theilweisem Verbot der Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern erfolgen soll. Hierzu kommen noch 19 Betriebe, welche von anderen Aufsichtsbeamten vorgeschlagen werden, denn es ist keineswegs, wie die kapitalistische Presse zur Beschwichtigung ihrer Leser mittheilte, „nur“ der Potsdamer Beamte, der mit positiven Vorschlägen auftritt.

Dieser fordert einen Maximal-Arbeitstag von 10 Stunden, ausschließlich Arbeitspausen von 2 Stunden, Ruhezeit von 12 Stunden zwischen zwei Arbeitsschichten, Ausschluß von Arbeiterinnen (außer für Lumpenportiv-Anstalten, Shoddyfabriken, Zerreißen der Lumpen, Zuteilpinnereien, Zigarettenfabriken) und Ausschluß von jugendlichen Arbeitern (außer für Shoddy- und Zigarettenfabriken) für folgende Betriebe:

1. Zementfabriken, Zementmüllerei.
2. Zementverpackung.
3. Getreidemüllerei.
4. Korkmüllerei.
5. Lumpenfortiranstalten
6. Shoddyfabriken.
7. Karbonisiren.
8. Zerreißen der Lumpen.
9. Zuteilpinnerien.
10. Farbenfabriken.
11. Anilinfabriken.
12. Methylenfabriken.
13. Naphtolfabriken.
14. Sulfidfabriken.
15. Schwefelsäurefabriken.
16. Salpeterfabriken.
17. Sonstige nicht gesundheitsgefährliche chemische Betriebe.
18. Zigarettenfabriken.

Einen Maximal-Arbeitstag von 10, 11 oder 12 Stunden oder ohne Angabe eines Zeitmaßes schlagen außerdem noch nachstehende Beamte für folgende Betriebe vor:

19. Weichhüttenfabrik (Dyppeln, 12 Stunden, Wiesbaden).
20. Brenner in Ziegelfeilen (Schreusen, 12 Stunden, Westpreußen für kleine Ziegelfeilen 16 Stunden).
21. Holzgasfabriken (Merseburg, nach 3-4 Stunden Abkühlung)
22. Defatur- und Appreturanstalten (Berlin, 12-13 Stunden).
23. Flachspinnerei (Minden).
24. Hasenhaarshweiderei (Frankfurt a. D., 11 Stunden).
25. Feizer und Maschinisten (Dyppeln, bei 14 Stunden einen halben Arbeitstag in der Woche außer dem Sonntag).
26. Holzschraubenfabriken (Berlin, 10 Stunden für Arbeiterinnen).
27. Ladirer (Minden, 11 Stunden).
28. Maschinenfabriken (Minden).
29. Militärfleckenfabriken (Berlin).
30. Deltmühlen (Düsseldorf).
31. Schneidergewerbe (Dyppeln, 12 Stunden und anderthalb Stunden Arbeitspausen, für jugendliche Arbeiter 11 Stunden).
32. Schuhmachergewerbe (wie oben).
33. Thomaßschlachtenmühlen (Frankfurt a. D., 11 Stunden).
34. Ziegelfeilen (Altona, 12 Stunden, bei Nachtarbeit 10 Stunden), Hannover 14 Stunden und anderthalb Stunden Mittagspausen, (Düsseldorf).
35. Hausindustrie der Wäsche- und Kleiderkonfektion (Mindin).

Eine achttündige Arbeitszeit einschließlich eine halbe Stunde Arbeitspause und 12 Stunden Ruhezeit zwischen zwei Arbeitsschichten mit Ausschluß von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern fordert der Potsdamer Beamte für:

1. Metallschleifereien.
2. Feilenhanereien und Schleifereien.
3. Gasanstalten und Retortenarbeiter.
4. Verschiedene gesundheitsgefährliche chemische Betriebe.
5. Explosivstoff-Fabriken.
6. Nitrirarbeit.
7. Bleichthereien.
8. Verzinnungs-, Verzinkungs-, Vernickelungs-Anstalten.
9. Ziegelbrenner.
10. Porzellan- und Kachelbrenner.
11. Glasbläser.
12. Malzdarren.
13. Zuderraffinerien.
14. Getreidhallen.
15. Kaffe Thonflügel.

Für 16. Melasse-Entzuckerungsanstalten fordert noch der Beamte für Hildesheim achttündige Arbeitsschicht mit einer Stunde Pause. Für Säurefabriken (Merseburg) und Koburit-Sprengstoff-Fabriken (Arnsberg) hat auch der Potsdamer Beamte die achttündige Arbeitszeit gefordert.

Einen sechsstündigen Maximal-Arbeitstag ohne Pause mit 12 Stunden Ruhezeit zwischen zwei Arbeitsschichten und Ausschluß von Arbeiterinnen (außer für Phosphorjünderholz-Fabriken) und

jugendlichen Arbeitern fordert der Potsdamer Beamte für:

1. Kleinrirtfabriken.
2. Rennigefabriken.
3. Bleifarbenfabriken.
4. Bleianderfabriken.
5. Akkumulatorenfabriken.
6. Steinfabriken.
7. Kescharbeit.
8. Phosphorjünderholzfabriken.

Für 9. Nitrobenzolfabriken fordert den 6 Stundentag der Beamte für Warmen.

Der Potsdamer Beamte fordert ferner für Gummi-fabriken, welche mit Schwefelkohlenstoff arbeiten, eine Arbeitszeit von 2 Stunden für männliche, 1 1/2 Stunden für weibliche Arbeiter mit 2 Stunden Ruhezeit zwischen zwei Arbeitsschichten und Ausschluß von jugendlichen Arbeitern.

Diese kurzen Arbeitszeiten werden natürlich nur für die Thätigkeit in den betreffenden gesundheitsgefährlichen Betrieben verlangt. Sobald die 1 1/2 resp. 2 Stunden vorüber sind, wird der Arbeiter bei einer anderen weniger gefährlichen Thätigkeit weiter beschäftigt. Es ist deshalb nur von der Arbeitszeit nicht vom Arbeitstag die Rede. Dieser beträgt in den Betrieben, auf welche exemplifiziert wird, zehn Stunden.

Im ganzen ist also die Einführung eines Maximal-Arbeitstages (zum Theil auch nur einer Maximal-Arbeitsschicht) von 15 Beamten für 61 Gewerbe vorgeschlagen worden. Daß hiermit nur ein Theil der gesundheitsgefährlichen Betriebe getroffen wird, beweist schon ein Vergleich mit den französischen und belgischen Gesetzen, die doch keineswegs von sozialistischen, sondern kapitalistischen Staaten wie der unsere gemacht wurden. Demnach ist auch bei uns eine größere Ausdehnung dieser Vorschriften zu fordern, und zwar, wie die Aufsichtsbeamten feststellen, auch für handwerksmäßige Betriebe, wie Schuhmacherei und Schneiderei, für die vom Gewerbe-Aufsichtsbeamten ein Maximal-Arbeitstag gefordert wird. Wir werden noch Gelegenheit nehmen, die Schilderungen, welche die Berichte über die Zustände in einzelnen Betrieben geben, eingehend zu erörtern; es ist eine große Fülle beachtenswerthester Beobachtungen, welche die Aufsichtsbeamten mittheilen.

Sache des Reichstages wird es nun sein, darauf hinzuwirken, daß der Bundesrath von seiner Befugniß, in gesundheitsgefährlichen Betrieben einen Maximal-Arbeitstag auch für erwachsene Arbeiter einzuführen, rasch und gründlich Gebrauch macht.

Die Arbeiterschaft aber hat danach zu streben, daß ihre Macht wächst, damit sie durch ihre Gewerkschaften wie durch ihre politische Vertretung nicht nur in den gesundheitsgefährlichsten Betrieben, sondern auf allen Gebieten der Arbeit eine Arbeitszeit erringt, wie sie zur Erhaltung der Gesundheit und einer menschenwürdigen Existenz dringend notwendig ist! Je intensiver die Ausnützung der Arbeitskraft wird, um so notwendiger wird die Einführung eines gesetzlichen Achtstundentages als höchste Grenze der Arbeitsdauer.

Ueber die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie in Sachsen

Schreibt unser Leipziger Parteiorgan: Der Ausfall der Reichstagswahlen wird in der Presse naturgemäß noch immer eifrig diskutiert. Der beste Beweis, daß die bürgerlichen Parteien alle Ursache haben, mit dem Ausfall der Wahlen nicht zufrieden zu sein. Die königliche „Leipziger Zeitung“ brachte es dieser Tage trockdem fertig, an der Hand der amtlichen Wahlslisten zum soundsovieltmal den Nachweis zu liefern, daß die Sozialdemokratie bei diesen Wahlen wirklich ihren Höhepunkt überschritten habe. Man könnte dem königlichen Blatte gegenüber einfach darauf verweisen, daß es selbst an diese Behauptung nicht glauben kann, denn sonst würde es auf der anderen Seite nicht fortwährend nach gewaltamen Maßnahmen zur Niederhaltung der Sozialdemokratie verlangen.

Die Aeußerungen der Presse rechtfertigen es, wenn wir heute nach dem Erscheinen der amtlichen Wahlslisten für das Königreich Sachsen einmal das Stärkeverhältniß der bürgerlichen Parteien zu einander und der bürgerlichen Parteien zusammen gegenüber der Sozialdemokratie einer Betrachtung unterziehen.

Nach den amtlichen Ergebnissen entfielen auf die einzelnen Parteien Stimmen:

	1890:	1893:	1898:
Wahlberechtigte	701 280	744 204	822 649
Abgegebenen Stimmen (absolut)	572 420	592 435	604 822
(prozentual)	82	79,6	73,6
Sozialdemokratie	241 187	270 654	299 190
Prozentual	42,1	45,7	49,4
Konservative Partei	129 841	126 727	109 417
Prozentual	22,6	21,4	18,1
Nationalliberale	112 514	44 633	89 060
Prozentual	19,7	7,5	14,7
Antiklerikalen	4 788	08 265	73 427
Prozentual	0,9	1,6	12,1
Freisinnige Volkspartei	52 776	80 208	15 379
Prozentual	9,2	13,5	2,5
Reichspartei	81 066	21 045	—
Prozentual	14,1	3,5	—
Unbestimmt	202	518	17 788
Prozentual	—	0,1	2,9

An der Tabelle fällt am meisten auf das ruhige, aber sichere Fortschreiten der Sozialdemokratie, wie es von uns stets behauptet und nun wieder einmal ziffernmäßig nachgewiesen worden ist. Mit mathematischer Regelmäßigkeit wächst die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen nicht nur absolut, sondern auch relativ. Gegenüber den insgesamt abgegebenen Stimmen betragen die sozialdemokratischen Stimmen 1890: 42,1 Prozent, 1893: 45,7 Prozent und 1898: 49,4 Prozent. Die Gegner können sich aus dieser fortschreitenden Zunahme leicht selbst ausrechnen, welchen Prozentsatz die sozialdemokratischen Stimmen bei den nächsten Wahlen ausmachen werden.

Wir wollen uns aber dennoch nicht verhehlen, daß in gewisser Beziehung überspannte Hoffnungen, wenigstens soweit Sachsen in Betracht kommt, nicht am Platze sind. Die Sozialdemokratie verfügt bereits heute nahezu über die Hälfte der sämtlichen abgegebenen Stimmen. Die demokratischen bürgerlichen Elemente sind bereits so gut wie aufgegeben, und was diese Wahlen noch übrig gelassen haben, das wird bei den nächsten Wahlen weggeräumt werden. Es bleiben dann nur noch die verlassenen Parteien, die sich voneinander nur dem Namen nach unterscheiden, politisch aber nicht viel voneinander abheben.

Zu diesen Parteien rechnen wir auch die Reformen, deren Reihen sich zu einem guten Teile aus den Kreisen der Handwerker und kleinen Beamten rekrutieren, die bekanntlich ebenso reaktionär sind wie die Agrarier und industriellen Unternehmer. Die Reformpartei, die selbst nicht weiß, was sie will, hat keine Zukunft. Ihre Angehörigen werden sich deshalb zu den übrigen bürgerlichen Parteien schlagen, ein kleinerer Teil zur Sozialdemokratie. Ist die Entwicklung soweit gediehen, dann ist es nur zu erklärlich, wenn die Sozialdemokratie langsamer fortschreitet, als das bisher der Fall gewesen ist.

Der Sozialdemokratie gegenüber bilden die übrigen Parteien, so stehen die Dinge in Sachsen, nur eine reaktionäre Masse. Die Furcht vor der Sozialdemokratie läßt die bürgerlichen Parteien die wirtschaftlichen Unterschiede immer mehr vergessen. Diesem Umstande ist es auch zuzuschreiben, daß das Stärkeverhältnis der bürgerlichen Parteien fortgesetzt schwankt. Und es will deshalb gar nicht befremden, wenn die Nationalliberalen bei diesen Wahlen ihre Stimmen von 44 663 im Jahre 1893 auf 89 060 vermehrten, während bei 1890 noch 112 514 Stimmen für sich zählen konnten. Der regelmäßige Verlauf in den einzelnen Wahlkreisen ist ja so, daß aus den bürgerlichen Kreisen heraus ein Mann gesucht wird, der das Vertrauen aller Parteien genießt, wobei die spezielle Parteistellung unberücksichtigt bleibt. So weiß man heute von dem Abgeordneten des 15. Wahlkreises, Uhlmann, noch immer nicht, welcher Partei er sich anschließen wird und deshalb sind die auf ihn entfallenen 12 888 Stimmen in den amtlichen Ergebnissen als unbestimmt eingestellt worden. Im 19. Kreise verteilte man bekanntlich auf der Suche nach einem solchen Mißmachungskandidaten, da sich kein anderer Kandidat finden ließ, auf den Antisemiten Rheuerhorn, der über 9000 Stimmen auf sich vereinigte, die die Reformen sich samt und sonders zugezählt haben. Im 10. Kreise wurden 1893 auf den freikonservativen Vergrath Werbach 11 900 Stimmen abgegeben, bei den diesjährigen Wahlen gingen diese Stimmen sämtlich über auf den konservativen Agrarier Dr. Dertel. Von einer prinzipiellen Parteistellung der Wähler ist also keine Rede.

Es ist deshalb gar nicht angängig, das Stärkeverhältnis der einzelnen bürgerlichen Parteien aus dem diesjährigen Wahlsiffern zu berechnen. Einen Anhalt für die Stärke der bürgerlichen Parteien kann man nur gewinnen, wenn man die auf sie insgesamt abgegebenen Stimmen mit den bei vorhergegangenen Wahlen abgegebenen Stimmen und mit den auf die Sozialdemokratie entfallenen Stimmen vergleicht. Da ergibt sich Folgendes:

	Bürgerliche Parteien	Sozialdemokratie
1890	331 299 (57,9 Proz.)	241 187 (42,1 Proz.)
1893	311 781 (54,3 ")	270 654 (45,7 ")
1898	305 638 (51,6 ")	299 190 (49,4 ")

Also Rückgang der bürgerlichen Parteien in demselben Maße, wie die Sozialdemokratie gewachsen ist. Dabei ist aber zu beachten, daß die 15 400 freisinnigen Stimmen den bürgerlichen Parteien zugerechnet worden sind. Wenn man diese Stimmen den bürgerlichen Parteien abrechnet und sie außer Ansatz lassen wollte, so würde die bürgerliche Koalition bereits heute um rund 10 000 Stimmen schwächer sein als die Sozialdemokratie.

Angeichts dieser Ergebnisse gehört schon mehr der Muth der Verzweiflung dazu, wenn sich die königliche „Leipziger Zeitung“ einredet, daß die Sozialdemokratie

nun in der That ihren Höhepunkt überschritten habe. Nun, bei Philippi sehen wir uns wieder!

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Der „Stolz“ der in Madrid an Stelle der einflusslosen Königin wirklich regierenden Vertreter der militärischen „Schneidigkeit“ läßt es bekanntlich nicht zu, daß dem grausamen Kriegsspiel ein Ende gemacht wird. Trotz der Vernichtung von zwei Kriegsschiffen, obwohl dabei die Revolution an die Thüre pocht, sieht man sich nicht gemüßigt, einen ehrenvollen Frieden zu schließen. Es wird weitergemordet. Jetzt hat auf Cuba der Yankee einen weiteren Erfolg zu verzeichnen. Santiago, die heilumstrittene, hat kapituliert. Nachdem am 31. Mai eine Beschießung der Forts von Santiago durch die aus 14 Siffen bestehende amerikanische Flotte stattgefunden hatte und am 3. Juni der Dampfer „Maximac“ durch den Lieutenant Hobson an der Einfahrt in die Bucht von Santiago versenkt worden war, erfolgte am 6. Juni eine abermalige Beschießung der Forts von Santiago und gleichzeitig ein Landungsversuch bei Guantanamo. Jedoch erst am 22. Juni begann bei Daiquiri, 22 Kilometer östlich von Santiago, die Landung des unter dem Befehl des General Schafter stehenden Expeditionskorps, das eine Woche vorher aus Tampa abgefahren war. Die Landungsstruppen zählten damals ungefähr 16 000 Mann, sind seitdem aber um weitere 10 000 Mann verstärkt worden. Am 1. und 2. Juli wurden in blutigen Kämpfen die Spanier aus ihren äußeren Verteidigungslinien vertrieben und Santiago von allen Seiten eingeschlossen. Nachdem dann Cervera am 4. Juli den Versuch gemacht hatte, sich durchzuschlagen und dabei seine ganze Flotte vernichtet worden war, konnte das Schicksal Santiagos und der in demselben eingeschlossenen spanischen Truppen nicht mehr zweifelhaft sein. Für die Kapitulation hat nach einer Meldung aus London der Ausbruch des gelben Fiebers den Ausschlag gegeben; die Erkrankung von über 100 Mann und vielen Offizieren hat die Amerikaner zum Nachgeben gezwungen, und Spanien hat ehrenvolle Bedingungen erreicht. — Wird jetzt vielleicht der „Stolz“ sich legen oder „trotz alledem“ der christliche Krieg weitergeführt werden?

Politische Standschau.

Deutschland.

Ueber die geschäftlichen Wirkungen des spanisch-amerikanischen Krieges hat sich in der Presse ein lebhafter Streit entsponnen. Auf der einen Seite wird der Rückgang des Exports nach Amerika und Spanien auf den Krieg zurückgeführt. Auf der andern Seite wird betont, daß der Krieg nicht nur nicht geschadet, sondern für einzelne Industriezweige sogar Nutzen gebracht habe. Der Verein der Industriellen des Regierungsbezirkes Köln ist nun in der Lage, auf Grund von Erkundigungen bei einer großen Zahl Industrieller Deutschlands einen Bericht Sachverständiger zu veröffentlichen, dem wir in der Hauptsache entnehmen, daß der Krieg zwar dem Geschäftsverkehr mit den Vereinigten Staaten keinen Eintrag gethan hat, wohl aber den Handel und Wandel in Spanien so gelähmt hat, daß jeder Handel, sowohl Import wie Export, so gut wie aufgehört hat. Freilich muß bemerkt werden, daß auch schon vor Ausbruch des Krieges das spanische Geschäftsleben ein überaus schlaffes gewesen ist, daß der Krieg eine fast schon vorhandene Krise nur rascher zum Ausbruch gebracht und vielleicht noch verschlimmert hat. Im ganzen aber sind die Schädigungen, die der Krieg dem Geschäftsleben Spaniens gebracht hat, bei unserem ziemlich geringen Verkehr mit Spanien für Deutschland nur recht nebensächlicher Natur. Was den Geschäftsverkehr mit Amerika betrifft, so liegen nur vereinzelte Fälle von Schädigungen unserer Geschäfts- und Handelswelt vor, wie z. B. aus einer Mittheilung einer Steingut- und Kunsttöpferei hervorgeht, wonach die amerikanischen Geschäftsansprüche zum Theil zurückgezogen worden, zum Theil auch ganz ausgeblieben sind. So weit der Export zurückgegangen ist, geschah es in der Hauptsache infolge des Dingley-Tarifs. Die lediglich über hauptsächlich für den inländischen Bedarf arbeitenden deutschen gewerblichen Werke haben im ganzen einen Nachtheil von dem Kriege überhaupt nicht verspürt. In einigen Zweigen hat der Kriegszustand für den inländischen Warenabfah sogar Vortheil gebracht. Eine ernsthafte Beeinträchtigung des Seeverkehrs hat in keiner Weise stattgefunden. Von einigen Geschäftszweigen ist zu Anfang des Krieges eine Vertheuerung ausländischer Rohstoffe infolge des Krieges beobachtet worden, die aber im späteren Verlaufe als eine Störung des Seeverkehrs nicht eintrat, so gut wie ganz wieder beseitigt worden ist. Einzig und allein in erheblicher Weise wurde das Sprengstoffgewerbe geschädigt. Nicht allein die Lieferung für Kriegsbedarf wurde mit der Kriegserklärung abgeschnitten, sondern auch die Verschiffung anderer Artikel, die etwa als Konterbande beachtet werden konnten, erwies sich als unmöglich.

Militär und Landwirtschaft. Folgende Klage eines kleinen Landwirthes findet sich im Briefkasten der militärischen „Dressd. Nachr.“:

„Wie stimmt das mit dem, was ich gelesen habe, überein, daß landwirthschaftliche Arbeiter in der dringendsten Arbeit nicht zu Uebungen eingezogen werden sollen? ebenso steht alljährlich in den Bekanntmachungen vom Kriegsdienstministerium für drei- bis vierjährig Freiwillige, daß sie in der Regel nicht eingezogen werden. Aus diesem Grunde habe ich meinen Sohn dreijährig dienen lassen. Voriges Jahr nun wurde mein Sohn gerade zur Feuerzute eingezogen, da habe ich, mein Sohn, zwei Jungen

von 15 und 16 Jahren, ein Sträfling, der 18 Jahre im Bucht-haus und 68 Jahre alt war, fast die ganze Feuerzute reinkommen müssen, das war nun auch mit Gottes Hilfe und sehr viel Schweiß beendet (das Gut hat einige hiezig Ader, habe es meinem Sohn voriges Jahr übergeben, weil mein erster Weib, meine liebe Frau, starb und ich schon weit in die lechziger Jahre gerückt bin). Da auf einmal kommt Ordre, daß mein lieber Sohn den 15. August einzutreffen habe. Da ging die Hege von Neuem los; am 15. Juni hatte nun unser Knecht wieder Ordre, also wieder zur Feuerzute; nun hat auch mein Sohn schon wieder bange; da ist der alte Auskügler wieder dran, denn was thut man nicht um des Kindes willen! Das ist wohlverdienter Ruhestand! Uebungen seien, aber es giebt doch auch wohl andere Zeit. Kennt man das Schick der Landwirtschaft?“

Die Konfusion unter den Nationalsozialen wird treffend illustriert durch eine Fehde, die jetzt nach den Wahlen unter den Führern der „Gruppe“ ausgebrochen ist über die in Zukunft zu verfolgende Politik. Pfarrer Naumann hatte empfohlen, „Massenpolitik“ zu treiben. Darauf kam der bekannte Professor Sohm, der seinerzeit das Wort von der „Ablösung der Sozialdemokratie“ münzte und bekundete der Masse seine grundsätzliche Verachtung durch einen Protest gegen die von Naumann geforderte „Massenpolitik“. Er schrieb u. A.:

Die Masse ist nicht das Volk. Die Masse ist etwas Dummes, Stumpfes, Unfähiges. Die Masse ist das Unvoll. Gewiß: sie soll zum Volk werden. Eine Schicht nach der anderen soll sich emporheben, um das Leben des Volkes mitzulieben. Das soll das Ziel unserer Arbeit, ja das muß das Ideal eines jeden deutschen Mannes sein. Aber wie soll das geschehen? Dadurch, daß wir uns inmitten der eingegebenen Massen stellen? Dadurch, daß wir die „Zusammengedrängtheit“ mit den bisherigen herrschenden Klassen ablegen (wie Naumann will)? Mit anderen Worten: Dadurch, daß wir uns, wenn es möglich ist, zu Leitern der „Masse“ aufwerfen, um sie zum Kampfe gegen die herrschenden Klassen zu führen? Immermehr! Das würde eine Anwendung des marxistischen Rezeptes bedeuten: Die Befreiung des Proletariats kann nur das Werk des Proletariats selber sein. „Massenpolitik“ heißt die Masse in unruhige Gährung, vom „Schaum“ wird sie sich nimmermehr befreien. Die Emporentwicklung der Menge kann nicht das alleinige Werk der Menge sein, kann nicht das Erzeugniß einer Massenpolitik sein, sondern nur die Willkür Frucht nationaler Politik. Damit ist gesagt: Die Hebung der Volksmasse kann nicht im feindlichen Gegensatz gegen das bestehende, sondern nur im Anschluß an das bestehende, kann nicht durch revolutionäre, sondern nur durch fortschreitende, an das Bestehende anknüpfende geschichtliche Entwicklung erreicht werden. Das Bestehende aber ist die Macht der herrschenden Klassen. Diese Macht hat einen guten Grund. Durch die herrschenden Klassen lebt das ganze Volk, lebt auch die Masse. Die herrschenden Klassen sind Kopf, Herz und Lunge der Nation. Wenn sie das nicht wären, so wären sie nicht die Herrschenden. Denn alle Herrschaft ruht auf innerer Nothwendigkeit. Die herrschenden Klassen regieren das Volk. Sie allein können es regieren. (Das ist der Grund ihrer Herrscherstellung). Sie allein können darum die Vertreter des Volkes sein. Die Emporentwicklung der Masse wird niemals das Werk der Masse selber (einer „Massenpolitik“), sondern nur das Werk der herrschenden Klassen, an erster Stelle des Herrschers sein. Den herrschenden Klassen ist die Verantwortung. Ihrer ist die Pflicht. Wenn Kopf, Herz, Lunge nicht in der rechten Weise thätig sind, wird Krankheit und Verfall des Leibes unerbittlich Kopf, Herz und Lunge ebenso ergreifen. Das ist die Noth der Niedrigen! Ihr Niedergang wird Alle mit sich in der Verderben ziehen. Die herrschenden Klassen müssen an der Emporentwicklung der Menge arbeiten. Sonst wird ihr eigener Untergang die unbedingte Folge sein. Darin liegt die Rettung für die Gegenwart.“

Dagegen wendet sich nun der Expastor Göhre. Er schreibt:

„Der Artikel des Herrn Professor Sohm darf nicht ohne Erwiderung bleiben. Denn er stellt die alte primitive Streitfrage, die uns im vorigen Jahre zu erhebigen so viel Kraft gekostet hat und die gewiß die Meisten unter uns als für immer erledigt angesehen haben, von Neuem auf: er bedeutet einen neuen Versuch des Herrn Professor Sohm, unsere Bewegung von dem Boden des im vorigen Herbst gefundenen Kompromisses weg und wiederum ein Stück weiter nach „rechts“, an die Seite der sogenannten staatserkaltenden, „herrschenden“ Parteien heranzudrängen. Dem muß mit aller Kraft Widerstand geleistet werden.“ Sohm wolle die Politik der herrschenden Klassen den Nationalsozialen aufzuziehen und den nationalsozialen Verein zum Bruder der herrschenden Klassen machen. Rein in nationalen Kreisen gefallenes und von Professor Sohm getadeltes Schlagwort hatte so viel „Schaden anzurichten vermocht und vermag noch anzurichten, wie das von ihm selbst soeben gepredigte: „Die Masse ist nicht das Volk; die Masse ist etwas Dummes, Stumpfes, Unfähiges; die Masse ist das Unvoll!“

Herr Göhre beurtheilt die Dinge offenbar sehr viel richtiger als Professor Sohm. Ersterer weiß sehr genau, daß es mit den Nationalsozialen gänzlich Matthat am letzten ist, wenn sie sich von den Sohm und Genossen noch weiter nach rechts drängen lassen. Um eine Politik der herrschenden Klassen zu treiben, hätten die Herren sich ja überhaupt nicht von den Konservativen zu trennen brauchen.

Klerikale Sozialistenhefte in der Kirche und ihre Folgen. Dem „Vorwärts“ wird aus Deutchen (Oberhessen) geschrieben:

„Eine kleine Probe davon, in welcher Weise oberkirchliche Geistliche in der Wahlzeit ihr geistliches Amt zu politischen Zwecken benutzten und dadurch ärgerliche Szenen hervorriefen, lieferte eine heute stattgehabte Verhandlung vor der hiesigen Strafkammer. Zu den klerikalen Sozialistenverfolgern gehört auch der Pfarrer Tunkel in Kahlowitz bei Antonienhütte. Noch am Vorabend der Wahl, in einer Abendandacht am 15. Juni, hielt er es für nöthig, von den Sozialdemokraten allerlei ungewisses Zeug an den Mann zu bringen. Unter Anderem erdreistete er sich zu der Unwahrheit: „Den Sozialdemokraten soll man nicht glauben, denn sie lügen.“ Ob er sich der Unwahrheit dieses Satzes bewußt war und ihn trotzdem aussprach, oder ob er ihn in seines Herzins Einfalt für wahr hielt, sei dahingestellt. Diese Bemerkung aber reizte den an der Andacht theilnehmenden Arbeiter Johann Bramboß, aus dem Eintrachts hütte zum Widerspruch, und in der begreiflichen Erregung über die von Pfarrer Tunkel ausgesprochene Unwahrheit ließ er sich hineinziehen zu rufen: „Du Donnerwetter Hagel.“ Diese Art der Abwehr war nicht schön und mußte gesühnt werden, und zwar möglichst bald, so lange die Wahlen noch in frischer Erinnerung sind. Wegen Vergehens gegen die Religion und Beleidigung des Pfarrers Tunkel wurde Bramboß am Mittwoch drei Monaten (!) Gefängniß verurtheilt; die Ausrede, daß er damals, als er jene Worte sprach, betrunken gewesen sei, wurde ihm nicht geglaubt.“

„Und was geschah dem Pfarrer, der statt einer Predigt eine politische, eine Wahlversammlung abhielt, ohne sie angemeldet zu haben? Was geschieht mit den Duzenden von überflüssigen Geistlichen, die vor, in und nach der Wahlzeit die Kirchen zum Zummelplatz politischer Feyerlichkeiten gemacht haben und machen? Tausende dieser katholische Feyerredner ungestraft öffentlich beleidigen, der Beleidigte, der sich wehrt, läuft Gefahr, für die Abwehr noch bestraft zu werden.“

„Nur so weiter! Die Folgen des gegnerischen Fanatismus in den Kirchen haben sich bei den Wahlen gezeigt; die Folgen der neuen pastoralen Irrlehren werden sich bei den nächsten Wahlen zeigen.“

Von der Bestimmungsschnelligkeit bei den Beamten erhofft vernünftigerweise auch der „Hambg. Corresp.“ keinen Erfolg. Er meint:

„Wenn Alles nach Wunsch geht, so wird man nach einigen Wochen oder Monaten feststellen, daß unter den Tausenden von Post-, Eisenbahn- und sonstigen Beamten sich nicht ein einziger Anhänger der Sozialdemokratie befindet; denn alle diese Beamten werden in der Zwischenzeit schriftlich erklärt haben, daß sie nicht zu der sozialdemokratischen Partei gehören. Es entsteht dann die Frage, ob man es dabei bewenden lassen wird, oder ob man gleiche Erklärung auch von den in Staats- oder Reichsbetrieben beschäftigten Arbeitern fordern wird. Bisher haben die Behörden sich um das politische Glaubensbekenntnis der Arbeiter nicht gekümmert (Das wird der „S. C.“ wohl kaum beschwören wollen) und sich auf das durchaus berechtigte Verlangen beschränkt, daß die Arbeiter in den Militärverhältnissen, auf den Werften u. s. w. an der sozialdemokratischen Agitation nicht theilnehmen sollen. Darüber hinausgehen und auch die Arbeiter vor der Alternative zu stellen, entweder ihre politische Bestimmung zu verlangen oder den Staats-, beziehungsweise Reichsdienst zu verlassen, dürfte doch auch in Regierungskreisen auf Bedenken stoßen. Im Großen und Ganzen wird man nicht verhehlen können, daß Beamte und Arbeiter bei den Reichstagswahlen als sog. Mitläufer sozialdemokratische Kandidaten ihre Stimme geben.“

Konservative Herzenswünsche. Die Wahlpflicht, in der reaktionäre Pfaffen die Stein der Weisen entdeckt zu haben glaubten, will der „Kreuz-Zeitung“ nicht gefallen. Sie hat vermutlich das Beispiel Belgien vor Augen, wo die Wahlpflicht sogar mit dem Plural-Stimmensystem vereint die Siege der Sozialdemokratie nicht hat verhindern können. Und sie hat vielleicht auch erfahren, daß in verschiedenen Schweizer Kantonen, z. B. in Basel, der „Stimmzwang“, wie er dort, nach Analogie des Wortes: „Schulzwang“ gemeint wird, zusammen mit dem Proportionalssystem, zur möglichst vollkommenen Verwirklichung des demokratischen Prinzips in der Volksvertretung eingeführt worden ist. In einer Fußnote aus der Provinz Sachsen begeistert das Zentrorgan sich heute wieder einmal für eine berufständische Vertretung, d. h. dafür, daß das allgemeine Wahlrecht zwar bestehen bleiben, aber von den einzelnen Berufsständen gesondert ausgeübt werden soll. Man ist eine Gliederung nach Berufsständen in der Ura des Großkapitalismus freilich nicht durchführbar, allein es ist ziemlich sicher, daß uns ernste Versuche in dieser Richtung bevorstehen.

Um die Ungeheuerlichkeit des Vorschlags zu demonstrieren, brauchen wir bloß an das österrische Wahlgesetz zu erinnern, das die Arbeiter in die unterste Kurie verweist und ihnen, auch wenn sie alle ihre Kandidaten durchbringen, nicht einmal ein Zehntel der Gesamtvertretung giebt.

Einer weiteren Kritik dieser reaktionären Monstrosität, die ein Hochn auf das Prinzip der Volksvertretung, bedarf es nicht. Die Hauptbedeutung des Artikels der „Kreuz-Zeitung“ liegt wohl in einer anscheinend flüchtig hingeworfenen Bemerkung. Sie lautet:

„Die wirkliche Meinung der Wähler würde nur dann zum Ausdruck kommen, wenn jede Agitation verboten werden könnte, wenn Jedermann nach seines Herzens Meinung in der Lage wäre, einem Manne seine Stimme zu geben, den er persönlich kennt und mit seinem Vertrauen beehrt.“

Es ist dies ein Gedanke, den Fürst Bismarck schon einmal im Reichstag ausgesprochen hat. Er meinte: die Wahlfreiheit wird durch die Agitatoren beschränkt — man muß den Wähler gegen die Agitatoren schützen.“ Der beste „Schutz“ wäre natürlich, wenn jeder Agitator (und Landrätbe, Pfarrer und sonstige Beamte sind nach reaktionärer Auffassung keine Agitatoren) bei Beginn jeder Wahlkampagne eingestekt, jedes agitatorische Flugblatt konfisziert und am Tage der Wahl jeder Wähler von einem Polizisten, Gendarmen, Steiger, oder sonstigen Vertrauensmann der Reaktionsparteien an die Wahlurne geleitet oder „sifirt“ würde. Dann hätten wir „freie Wahlen“ und gute Wahlen im Sinne des Fürsten Bismarck und der „Kreuz-Zeitung“. Sage man nicht: das ist ja verblödet. Heutzutage gilt unseren Reaktionen auch das Verblödetste für möglich.

Graf Kanitz und die Schaffung von Rentengütern. Graf Kanitz, so wird uns aus Ostpreußen geschrieben, der bekannte Führer der nothleidenden ostpreussischen Agrarier, hat dieser Tage ein hübsches Beispiel dafür geliefert, was von seinem und seiner Genossen Gerede, daß sie vor allem die „nationalen Interessen“ gewahrt wissen wollen, zu halten ist.

Die nothleidenden Großgrundbesitzer erklären bekanntlich stets, es liege im Interesse des Deutschthums, der Erhaltung des Bauernstandes, der nationalen Wohlfahrt, wenn zahlreiche Rentengüter gebildet würden. Sie haben nicht nur für das diesbezügliche Gesetz gestimmt, sondern durch Abgabe von Land nach Kräften die Bildung von Rentengütern gefördert. Nur aus rein „nationalem Interesse“ verkauften sie für schweres Geld ihre Debländereien oder abliegende Vorwerke mit schlechtem Boden, die nichts einbrachten. Da wo sie Land in der Nähe ihrer Besitzung abgaben, wurden, natürlich wieder „nationalen“ Interesse, so kleine Güter gebildet, daß

die Käufer von Anfang an gezwungen waren, auf dem Gut als Tagelöhner zu arbeiten. Freude haben nicht viele Käufer von Rentengütern an ihrem Besitz gehabt. In der „Mehrunger Kreis-Zeitung“ vom 9. Juli d. J. befindet sich nun das folgende Inserat in auffälliger Form:

Bekanntmachung.

In mehreren Zeitungen wird durch öffentliche Bekanntmachung zum Kauf von Rentengütern in der Gemarkung Waulken (Kreis Mehrunger) aufgerufen.

Als Besitzer eines mit dieser Gemarkung grenzenden Waldes werde ich gegen die Gründung neuer Ansiedelungen daselbst auf Grund von § 16 des Gesetzes vom 25. August 1875 Einspruch erheben, sobald die im § 16 vorgeschriebene Bekanntmachung erfolgt sein wird. Ueber diesen Einspruch wird sodann im Verwaltungs-Streitverfahren (Kreisamt, Bezirksamt, Verwaltungsgericht) Entscheidung zu treffen sein.

Ich halte mich für verpflichtet, die sich etwa meldenden Kauflustigen von diesem meinem Vorhaben rechtzeitig in Kenntniß zu setzen.

Hodaugen, den 6. Juli 1898.

Graf v. Kanitz.

Es ist klar, daß Graf v. Kanitz seine Bekanntmachung nur erläßt, um Kauflustige durch die in Aussicht gestellte langwierige Prozeßführung abzuschrecken. Zu dieser Durchkreuzung von Maßnahmen der Generalkommission kann er sich nur veranlaßt fühlen, weil er fürchtet, es könnte ihm in seinem Walde Holz gestohlen oder ein Stück Wild geschossen werden, oder er spekulirt selbst auf das in Frage kommende Land, denn auch Graf Kanitz „arrondirt“ trotz seiner gestickten Strohdächer gern. Unversprohener kann man seine persönlichen Interessen nicht wahrnehmen. Es ist gut, den Gegensatz zwischen den Worten und Handlungen eines Hauptvertreters für die „nationalen Interessen“ festzustellen.

In einem klaren Augenblick hat der bekannte Antisemitenhauptidee Ahlwardt einmal eine treffende Charakteristik der Konservativen geliefert. Er schreibt in seinen Wahlbetrachtungen:

„Die Konservativen, das heißt in der Hauptsache der Großadel und seine (sohugierigen) Abkömmlinge aus dem sogenannten besseren Bürgerstande, haben gezeigt, daß sie an Niedrigkeit und Unthätigkeit seit der Bestimmung der Juden, von deren Geist sie vollständig durchdrungen sind, keineswegs nachstehen. Sind sie in der Vermögensanhäufung hinter den Juden zurückgeblieben, so ist das nur ein Beweis von ihrer größeren Dummheit, keineswegs aber von ihrer geringeren Schlichtigkeit. Mag man die Endziele der Sozialdemokratie noch so sehr bekämpfen, so wird ihr doch Niemand ideale Bestrebungen absprechen können. Auch die breiten Massen der Freisinnigen und Zentrumsbürger lassen sich durch ideale Ziele leiten. In der konservativen Partei dagegen zeigte sich in diesem Wahlkampfe die eohere Selbstsucht, Ego, Heimtücke und Gemeinheit der Bestimmung in so hohem Maße, daß jeder Vaterlandsfreund das möglichst rasche Verschwinden dieser Partei als notwendig für die allgemeine Gesundheit des Volkes ansehen muß.“ Die alten Kandidaten bilden wahre Idealgestalten gegenüber den durch das Judenthum veränderten Konservativen der Jetztzeit.“

So ändern sich die Zeiten! Als Ahlwardt 1892 in Arnswalde zum ersten Male kandidirte, fand er die thätkräftige Unterstützung der Konservativen und auf dem Zwölftage erregte er die jubelnde Begeisterung derselben. Die Erfahrungen, die er hinterher mit der „kleinen aber mächtigen Partei“ gemacht hat, müssen recht lieblich gewesen sein.

Belgien.

Die Zunahme der sozialistischen Stimmen. Der Brüsseler Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“ giebt einen Ueberblick über das Anwachsen der belgischen Sozialdemokratie seit 1894. Seit diesem Jahre ist in Belgien in Folge der Verfassungsburchsicht für die Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften das allgemeine Stimmrecht eingeführt worden. Dieses allgemeine Stimmrecht ist wesentlich eingeschränkt durch das Mehrstimmensystem, das den akademisch Gebildeten, Bemittelten und Zahlern höherer Steuern zwei oder drei Wahlstimmen zubilligt. Dieses System sichert zwar den oberen Klassen das Uebergewicht und damit die Regierung des Landes, hindert aber nicht, daß bei jeder Wahl die Zahl der sozialistischen Stimmen immer gewaltiger anschwillt. Die jetzt bekannt werdenden amtlichen Zahlen der Wahlstatistik beweisen die Zunahme der sozialistischen Stimmen in überraschender Weise. Hiernach wurden abgegeben im ganzen Lande bei den Wahlen von

	1894	1896	1898
Stimmen	1 873 378	1 925 352	1 961 172
Davon erhielten die Katholiken			
Stimmen	927 628	937 240	946 223
und die Sozialisten			
Stimmen	305 311	461 201	495 535

Die Zahl der Stimmen der Klerikalen ist nur um 18 595 Stimmen, die der Sozialisten aber um 190 224 Stimmen gestiegen. Bedenkt man überdies, daß die Stimmen der christlichen Demokraten und unabhängigen Katholiken der katholischen Partei amtlich zugezählt werden, so ergibt sich in Wahrheit für die katholische Partei kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt in der erlangten Stimmenzahl.

Lübeck und Nachbargebiete.

18. Juli.

Achtung, Maurer und Zimmerer! Da durch den Bauarbeiterausstand eine ganze Anzahl Kollegen in Mitleidenschaft gezogen sind, ersuchen wir dringend, den Zugang nach Lübeck streng fern zu halten.

Die Streikkommissionen.

Der Zuzug von Bäckern nach Hamburg und Christiania ist fernzuhalten.

Verband deutscher Bäcker. Zahlstelle Lübeck.

J. A.:

R. Hermann.

Achtung, Tischler! Wegen Verlängerung der Arbeitszeit haben die bei Zimmermeister Torkuhl beschäftigten

Kollegen die Arbeit eingestellt. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Die Lohnkommission der Holzarbeiter.

Achtung, Bauarbeiter! Wegen ausgebrochener Lohn-differenzen ist der Zuzug nach allen Baugeschäften fernzuhalten.

Die Lohnkommission der Bauarbeiter.

J. A.: S. H. S. R. Ritterstr. 4.

Dank sei Dir...! Vor einiger Zeit brachten Arbeiter der Fabrik von Carl Thiel u. Söhne einem Herrn einen Fackelzug und ein Ständchen zum Geburtstage, es wurden patriarchalische Reden geschwungen u. s. w. — Gestern wurde uns mitgeteilt, daß auf der Fabrik von Carl Thiel u. Söhne **Lohnreduktionen** stattgefunden hätten. — Wir halten dies für ausgeschlossen. — Dank sei Dir...!

Zur Erweiterung unserer Leser wollen wir nachstehendes „Eingeladnt“ der „Eisenbahn-Zeitung“ abdrucken, welches im Amtsblatt als redaktionelle Notiz und im „Gen.-Anz.“ vorfichtshalber nur auszugsweise enthalten. Das hübsche Schriftstück, welches dafür sorgt, daß auch der Humor in dieser ernsten Zeit zu seinem Rechte kommt, lautet:

Ein freudiges Nichtst, so können wir wohl konstatieren, findet am heutigen Tage statt. Ein Nichtst, wie es die Annalen der Geschichte der Baukunst wohl noch nicht zu verzeichnen haben. Ein Nichtst ohne Zimmerleute; denn heute wird der Kiew-ter'sche Bau in der Mühlenstraße gerichtet. Es ist dies gerade der Bau, den sich die Herren von der Streikleitung ausdenken hatten, um die Meister zu alk dem, was sie wünschten, zu zwingen. Denn sie sagten sich, der Wirtschaftsbetrieb wird fortgesetzt, folglich muß das Haus so schnell wie möglich unter Dach. Es ist aber anders gekommen. Freudig greift allz. zu, um das Ziel auch ohne die sonst üblichen Kräfte zu erreichen, einmüthig arbeiteten Meister, treue Gesellen und Lehrlinge an dem Werk und stolz wird heute Abend die Flagge wehen vom neu erstandenen Bau, bei dem die Gesellen die Arbeit niedergelegten, weniger zum Schaden der Meister, als einer allein-stehenden Frau, die wahrhaftig nicht ohne Angst und Sorgen das Werk begannen. Wir Meister sind auch der Ansicht, daß wir das Karlebad Salz nicht nöthig haben, wir glauben aber, daß das Gefühl, das der Wirkung dieses Salzes vorauszugehen pflegt, sich schon bei den Streikenden eingestellt hat.

Abonnet.

„Treue Arbeiter“ giebt's wieder einmal in Lübeck. „Un-treue“ allerdings noch mehr.

Das Volksfest der „Prüfstein der Reichstrene“. — Herr Landrichter Dr. Wenda blieb es vorbehalten, am Sonntagabend bei dem „Kommers“ im Tivoli die Sammler „blühenden — Sinns“ mit dieser lustigen Neuheit zu erfreuen. Ein Glück, daß dieser „humoristisch“ veranlagte Herr keine Reden „zum Fenster hinaus“ hält!

Der erste Volksfesttag brachte einigermaßen gutes Wetter. Allerdings hatten manche Geschäftsleute unter dem starken Winde zu leiden. Der heutige Tag scheint leider dem Regengotte zu gehören.

Eine Besprechung der Einzelheiten des Volksfestarrangements dürfen wir uns wohl ersparen, da unsere Leser entweder selbst sie betrachteten, oder fortblieben, weil sie sich nicht entsprechend interessirten. Nach Beendigung des Festes werden wir uns gestatten, eine kleine kritische Besprechung zu veröffentlichen.

„Vor Taschendieben wird gewarnt.“ Daß solche Kleinindustrielle hier anlässlich des Volksfestes Betriebe eingerichtet haben, steht außer Zweifel. Gestern sollen bereits einige in flagranti ertrapt und durch das Burghor rechts um die Ecke befordert worden sein.

Die Zunung der Buchdruckereien hat nach dem Amtsblatte beschlossen, sich in eine Zwangs-Zunung umzuwandeln. Donnerwetter!

Erklärung. In der Sitzung des Amtsgerichts vom 16. d. Mts. ist eröffnet worden: die letztwillige Verfügung des hieselbst verstorbenen Arbeitsmanns Hans Sochim Wötcher, errichtet am 22. April 1897.

Uebersicht der Lebenden und Gestorbenen in der Stadt Lübeck im Monat Juni 1898. Geboren sind 170 Kinder, davon 91 männlichen, 79 weiblichen Geschlechts, todtgeboren 4 Knaben, 2 Mädchen. Gestorben sind 59 Personen männlichen, 62 weiblichen Geschlechts, in Summe 118. Demnach Ueberzahl an Geburten 85 resp. 17, insgesammt 52. Auf 1000 Einwohner waren 28,03 Geburten, 19,50 Sterbefälle zu verzeichnen. Von den Gestorbenen waren alt bis zu 1 Jahre 30, von 1—5 Jahren 9, bis zu 10 Jahren: 2, bis zu 15: 1, bis zu 20: 5, bis zu 30: 8, bis zu 40: 15, bis zu 50: 10, bis zu 60: 8, bis zu 70: 14, bis zu 80: 17, bis zu 90: 4, über 90 Jahre: 9. Die Todesursache war Diphtherie in 1, Keuchhusten in 0, Tuberkulose in 13, Lungenerkrankung in 17, entzündliche Krankheiten der Athmungsorgane in 10, Magen- und Darmataren, Brechdurchfall und Atrophie der Kinder in 9, Folgen des Wochenbetts in 0, Krebs in 11, angeborene Lebensschwäche in 8, Altersschwäche in 13, Unglücksfall in 2, Selbstmord in 1, Herzleiden in 6, Krämpfe in 4, Nierenleiden in 5, Wasser sucht in 0, Schlagfluß in 6, Typhus in 0, sonstige Krankheiten in 18, unbekannt in 3 Fällen. Von den Gestorbenen entfielen auf die Stadt 41, Vorstadt St. Jürgen 20, St. Lorenz 28, St. Gertrud 7, die Krautenauftalten 18.

Schwartzau. Während der diesjährigen Gerichtsferien (15. Juli bis 15. September) ist die Gerichtschreiberei dem Recht suchenden Publikum nur Vormittags von 9 bis 11 Uhr geöffnet. Der Sprechtag wird an jedem Sonnabend, Vormittags 9 bis 1 Uhr abgehalten.

Altona. Massenerkrankung von Soldaten. Freitag ist beim 3. Bataillon des hier garnisontirenden 31. Infanterie-Regiments eine große Anzahl Soldaten unter verdächtigen Umständen erkrankt. Die Leute wurden von Kopfschmerzen befallen, worauf Uebelkeit und Erbrechen folgte. Diese Krankheitserscheinungen ließen darauf schließen, daß die Leute etwas ihnen nicht Dienliches genossen hatten. Der hinzugerufene Stabsarzt ordnete sofort an, daß 107 Erkrankte nach dem Lazareth überführt würden. Etwa 30 Mann, bei welchen die Krankheitserscheinungen etwas milder auftraten, verblieben in der Kaserne in ärztlicher Behandlung. Die sorgfältig behandelten Erkrankten haben sich sehr bald erholt, so daß jegliche Gefahr für sie als beseitigt erachte werden kann. Die Ursache der Erkrankungen ist noch nicht mit Sicherheit festgestellt, doch nimmt man an, daß das von den Leuten genossene konservirte Fleisch nicht gesund gewesen

ist und die Erkrankungen verursacht hat. — Nach einem Bericht des „Hamb. Corr.“ wäre als Ursache der Erkrankungen Vergiftung (natürlich unbeachtete) anzunehmen; anstatt Peterstille sei möglicherweise Schierling dem Essen beigegeben worden. Sonnabend Abend sagt das Blatt, das vermög seiner Beziehungen wohl unterrichtet sein kann: Es ist von den Erkrankten, dank der ihnen zu Theil gewordenen Pflege nicht einer gestorben. Allerdings sind zu den bereits gemeldeten 165 Kranken während der Nacht zum Sonnabend noch etwa 40 hinzugekommen. Diese sind, weil das Garnison-Lazareth zu ihrer Aufnahme nicht im Stande war, in den großen Mannschaftsstuben der vier Kompanien des 3. Bataillons untergebracht worden. Diese Mannschaftsstuben sind als Krankenzimmer eingerichtet worden. Es ist vor jedem dieser Räume ein Posten aufgestellt, um Ueberföhrung fernzuhalten. In dem Kasernement des 3. Bataillons wachten während der ganzen Nacht die Ärzte bei den Kranken; bei jeder sich bei der gesunden Mannschaft zeigenden, auch der geringsten Unpäßlichkeit erfolgt sofort die Ueberföhrung der Betroffenen in das provisorische Krankenzimmer. Sämmtliche Kranke verbrachten eine gute Nacht. Das Fieber hat im Allgemeinen nachgelassen; es ist begründete Hoffnung auf baldige und völlige Genesung sämmtlicher Soldaten vorhanden. Die Ursache dieser Massenerkrankungen hat auch jetzt noch nicht festgestellt werden können. Vermuthet wird, wie schon mitgetheilt, daß dem Mittageffen anstatt Peterstille versehentlich Schierling zugesetzt worden oder

daß das in der Menge zur Verwendung gelangte Fleisch verdorben gewesen sei. Wie aus maßgebenden Kreisen verlautet, ist übrigens die Annahme, daß Böswilligkeit im Spiel sein könnte, völlig ausgeschlossen. Uebrigens weist seit Freitag Abend der Generalstabarzt der Armee, Prof. Dr. v. Coier und Geheimrath Dr. Vockendahl aus Kiel in Altona, um an der chemischen Untersuchung der Speisereste und Auswürfe theilzunehmen. **Kiel. Unfall.** Der Maurermeister Nordhorst, welcher Freitag, kurz vor Feierabend auf einem Neubau in der Molltestraße die Arbeiten am Dachgesimse revidierte, stürzte, wie das „S. F.“ meldet, vom Gerüst und starb nach zehn Minuten. **Glensburg.** Wegen Majestätsbeleidigung verurtheilte die Ferienstrafkammer den Meier Gjelstrup aus Scherrebek zu drei Monaten Gefängniß. Gjelstrup hat die inkriminierte Aeußerung in der Trunkenheit in einer Wirthschaft gethan. **Poskod.** Von der Rechtspflege berichtet die „Mecklb. Volks-Ztg.“ folgendes Stück: Einen ungeahnten Verlauf nahm eine Gerichtsverhandlung gegen den Erbpächter Schmidtmeier aus Krempin, der sich am Dienstag vor der Strafkammer wegen Körperverletzung, begangen an seinem Knecht Albrecht, zu verantworten hatte. Das Schöffengericht zu Neubukow verurtheilte ihn am 26. Mai d. Js. wegen dieser Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 6 Mk., ausfallslich 2 Tage Gefängniß. Gegen dieses Urtheil hatte die Anwaltschaft Berufung eingelegt, weil das Gericht zu Unrecht angenommen, daß der An-

geklagte in Nothwehr gehandelt habe, und die erkannte Strafe deshalb zu gering bemessen sei. Die Verhandlung vor der hiesigen Strafkammer ergab, daß der Angeklagte mit dem Knecht in Streit gerathen war, weil der Angeklagte aus dem Stalle Stroh nahm, welches der Knecht zuvor für die Pferde dorthin gebracht hatte. Der als Zeuge vernommene Knecht hatte aus diesem Anlaß eine „provokierende“ Nebenart fallen lassen, die der Anlaß war zu einer Prügelei, welche damit begann, daß der Erbpächter den Knecht in's Gesicht schlug und in deren weiterem Verlauf der Angeklagte den Knecht sogar mit dem Hinten einer Forke schlug, wodurch eine ca. 4 Centimeter lange Wunde an der Stirn, die an den Weichtheilen bis auf den Knochen ging, verursacht wurde. Ein ärztliches Gutachten liegt vor. Der Staatsanwalt beantragte 30 Mk. Geldstrafe, ausfallslich 5 Tage Gefängniß. Das Gericht sprach den Angeklagten frei, weil es annahm, daß, als der Erbpächter den Knecht mit der Forke schlug, Ersterer in Nothwehr (!) gehandelt habe; der Schlag mit der Hand in das Gesicht sei allerdings erwiesen und dieser sei auch strafbar, aber seinethalben sei vom Knecht der erforderliche Strafantrag nicht gestellt!!

Sterschanz-Wiehmart.

Hamburg, 16. Juli

Der Schweinehandel verlief gut.

Zugeschlachtet wurden 200 Stück. Preise: Versandtschweine, schwere 57—58 Mk., leichte 60—61 Mk., Sauen 49—54 Mk. und Ferkel 59—60 Mk. pr. 100 Pfd.

Heute Morgen starb nach langen schweren Leiden unsere liebe Tochter **Betty** im Alter von 14 Jahren. Tief betrauert von ihren Eltern und Geschwistern und allen, die ihr nahe standen.

J. Grabe und Frau,
geb. Hilmöller.

Junger Mann sucht ein separates Logis zu 2,50 Mk., am liebsten in der Nähe der Hitzstraße oder vor'm Hitzertthor. Gest. Angebote unter **F G B** an die Exped. d. Bl.

Ger. Vorderstinken

6 bis 12 Pfd. schwer, per Pfd. 48 und 52 Pfg. **Frühes Eier,** hiesige 6 Stück 30 Pfg., beste Sorte, fremde 13 Stück 60 Pfg., fetten und durchwachsenen **Speck** Pfd. 55 und 70 Pfg., **geräucherter Landmettwurst** in großer Auswahl, feste und weiche empfiehlt **J. F. D. Götke, Hitzstraße 26.**

Geschäfts-Übernahme.

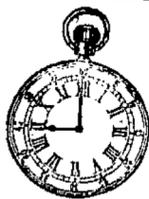
Mit dem heutigen Tage übernehme ich die **Gastwirthschaft mit Ausspann „Zum Großherzog von Mecklenburg“** **Grosso Burgstrasse Nr. 1** vormals Chr. Wien. Stets gute Speisen und Getränke zu soliden Preisen und prompte Bedienung zusichernd, bitte mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll **Fritz Hildebrand.**

Die Währungsfrage und die Sozialdemokratie.

Eine gemeinschaftliche Darstellung der währungspolitischen Kämpfe u. Zustände von **Max Schippel.** Preis 30 Pfg.

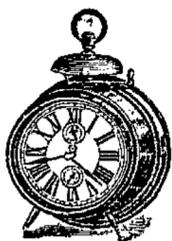
Zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**



Uhren reinigen 1,50, Federn einsehen 1,50, 1 Jahr Garantie. **Uhrgläser 1. Qual. 0,30.** **Aug. Büttner,** Uhrmacher, Hitzstraße 32.

Empfehlungs-Karten

liefert prompt und sauber **Die Druckerei des Lüb. Volksboten,** Johannisstraße 50.



LAGER aller Arten Uhren unter 3 jähriger Garantie zu sehr billigen Preisen. Uhren reinigen 1,50 Mk., Federn einsehen 1,50 Mk. **Th. Köhler,** Uhrmacher, Untertrave 70, Ecke Fischergrube.

Musverkauf!

Wegen vorgerückter Saison verkaufe ich sämmtliche **Kinderwagen** mit 10 Prozent Rabatt. **Strohüte** für den halben Preis. Hochachtungsvoll **H. Gröper.**

Spezial-Geschäft. Neue **Matjes-Keringe**

in anerkannter feinsten Qualität empfiehlt **Heinrich Koop,** Telefon 260. Versandt nach auswärts von 6 Stück an.

Unsere Detail-Verkaufsstelle emaillirt. Geschirre

befindet sich jetzt **Breitestr. 37 (Haus Johs. Rohde).** **Frankenthal & Co.**

Bitten unsere Schaufenster zu beachten. Als Spezialitäten empfehlen **Petroleummaschinen, Waschgesehritte, Kochgeschirre u. c.** in prima schwerer Qualität zu enorm billigen Preisen.

Berein deutscher Schuhmacher.

Die regelmäßige Mitgliederversammlung fällt am Dienstag den 19. Juli aus und findet Donnerstag den 21. d. M. im Vereinshaus statt. Die Ortsverwaltung.

Gesangverein „Eintracht“

Socialer Abend am Sonntag den 24. Juli bei Herrn Frahm, „Concordia-Garten“. Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr. Mitgliedskarten müssen vorgezeigt werden. Einführung gestattet. **Das Fest-Comitee.**

Die Geschichte der Deutschen Social-Demokratie

von **Franz Mehring.**

Umfaßt die Zeit von 1830—1896 und behandelt die jungen Jahre der Partei, sowie deren Schicksale unter dem Ausnahmegericht von 1878—1890. Dies Werk ist jedem Parteigenossen aufs Beste zu empfehlen. In 36 Lieferungen à 20 Pfg. zu beziehen durch die

Buch- und Papierhandlung von Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 50.

Scherm's Reisehandbuch für wandernde Arbeiter.

Mit einer Eisenbahnkarte und zwei Orientirungs-(Straßen-)Karten und über 2000 Reisetouren. Gebunden ganz in Leinen 1,50 Mk. Zu beziehen durch

die Expedition des „Lübecker Volksboten“.

Für Gewerbetreibende

empfehlen:

Kostenanschlags-Formulare.

Sehr gut eingerichtet.

Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 50. Johannisstraße 50.

Ist der Liberalismus todt?

H. E. Für den Herbst dieses Jahres stehen die preussischen Landtagswahlen vor der Thür — ein politisches Ereignis, das für die ganze Entwicklung des Deutschen Reiches von allergrößter Bedeutung ist. Je schlechter der Erfolg der Reichstagswahlen für die Regierung und die mit ihr verbündeten reaktionären Parteien war, um so mehr wird man von jener Seite versuchen, das Schwergewicht in die Einzelkammer zu verlegen — und der preussische Landtag ist nicht nur durch die räumliche Größe seines Wahlbereiches, sondern in ebenso hohem Maße durch die enge Verknüpfung der preussischen mit der Reichsregierung der wichtigste. Die Gefahren, die von ihm drohen, sind gerade in der letzten Legislaturperiode in grellem Licht erschienen. Im Reichstage ist die Unsturzvorlage, jenes Gesetzentwurf für ein neues Sozialistengesetz, mit großer Majorität abgelehnt worden. Im preussischen Abgeordnetenhaus konnte die verächtliche lex Neke, durch die die größten Gefahren für das Verfassungs- und damit auch für das Vereinsrecht drohen, nur mit äußerster Anstrengung zu Fall gebracht werden. Würden die beiden konservativen Parteien bei der bevorstehenden Landtagwahl auch nur sechs Mandate gewinnen, so würden sie die absolute Majorität im Abgeordnetenhaus haben — das Herrenhaus ist ohnehin ihre Domäne — und die Reaktion würde in Preußen Triumph feiern, die einen mächtigen Einfluß auch im übrigen Deutschland ausüben müßten. Und dieser drohenden Gefahr gegenüber bemerken wir kaum irgend ein Anzeichen von Rüstung zum Kampf.

Die liberalen Parteien, die in den sechziger Jahren die überwältigende Majorität im preussischen Abgeordnetenhaus hatten, scheinen sich bei ihrer jetzt völlig bedeutungslosen Stellung zu beruhigen.

Und doch hätte der Liberalismus hier ein Kampffeld, auf dem er sein Leben beweisen könnte; eine Anzahl der wichtigsten Aufgaben sind hier zu lösen, ja schon durch ihre volksthümliche Behandlung in einer ausgedehnten Wahlagitatioön könnte viel geschehen. Wir denken hierbei noch gar nicht an die eigentlichen Arbeiterfragen — wie können längst denen nicht mehr widersprechen, die in Arbeiterfragen unsere politischen Gegner als die eine reaktionäre Masse bezeichnen. Die Tausende und Aber-tausende von Arbeitern, die der preussische Staat im Eisenbahnbau, im Bergbau, in der Forstverwaltung beschäftigt, könnten den freundlichsten Versprechungen der Liberalen nicht trauen. Selbst die Frage der Gewerbeinspektion, für die sich die Liberalen ehemals interessirten, scheiden wir aus, obgleich die Gewerbeinspektion in Preußen — ganz abgesehen von den sonstigen Klagen der Gewerbetreibenden selbst — durch ihre Verbindung mit der amtlichen Kesselrevision fast völlig gelähmt ist.

Aber weite Gebiete giebt es, auf denen die eigensten Interessen grade derjenigen Klassen zu verfechten wären, auf die sich der Liberalismus mit Vorliebe stützt. In erster Linie der Schule. Das Volksschulwesen steht in Preußen trotz aller offiziellen und offiziellen Lobes-

erhebungen auf einer sehr tiefen Stufe. Vergeblich predigte ein Alexander v. Humboldt:

„Der Mensch kann auf die Natur nicht einwirken, sich keine ihrer Kräfte aneignen, wenn er nicht die Natur-gesetze nach Maß- und Zahlenverhältnissen kennt. Auch hier liegt die Macht in der volksthümlichen Intelligenz. Sie steigt und sinkt mit dieser. Wissen und Erkennen sind die Freude und die Berechtigung der Menschheit; sie sind Theile des Nationalreichthums, oft ein Ersatz für die Güter, welche die Natur in allzu karglichem Maß ausgeheilt hat. Diejenigen Völker, welche an der allgemeinen industriellen Thätigkeit, in Anwendung der Mechanik und technischen Chemie, in sorgfältiger Auswahl und Bearbeitung natürlicher Stoffe zurückstehen; bei denen die Achtung einer solchen Thätigkeit nicht alle Klassen durchdringt: werden unausbleiblich von ihrem Wohlstand herabsinken.“

Aber weit davon entfernt, einem solchen Ideal zuzustreben, steht die preussische Volksschule selbst hinter den Schulleistungen des übrigen Deutschlands zurück. Der Beweis dafür ist amtlich erbracht. Jahraus, jahrein ergiebt die Prüfung deutscher Soldaten, daß aus Preußen eine größere Anzahl solcher kommen, die weder lesen noch schreiben können, als aus einem anderen Bundesstaate. Man pflegt sich in Preußen damit zu trösten, daß dieser Unstand durch die starke polnische Bevölkerung in Posen und Westpreußen bedingt wird. Aber selbst nach Abrechnung dieser Provinzen steht Preußen noch am schlechtesten da. „Und“ — ruft Dr. Jastrow in seiner Schrift „Sozialliberal“ — „sind denn die Polen in Posen und Westpreußen keine Menschen? Hat ihnen gegenüber der Staat etwa nicht die Verpflichtung, sie schreiben und lesen zu lehren? Hat es einen Sinn, unaufhörlich die Germanisirung dieser Provinzen anzustreben und es dabei als selbstverständlich zu betrachten, daß der Staat dieser Bevölkerung die Vorbeile der Zugehörigkeit zu dem deutschen Staatswesen in vollen Maße beizubringen gar nicht anzustreben brauche!“

Die Rückständigkeit der preussischen Volksschule steht in unverkennbarem Zusammenhange mit der außerordentlichen Macht des Junkerthums in Preußen. Nicht nur, daß die eigentlichen Regierungsbeamten in hohem Prozentsatz aus diesen Schichten hervorgehen — auf dem Gebiet der kommunalen Selbstverwaltung, theoretisch eine Lieblingsdomäne des Liberalismus, hat man in Preußen dem Junkerthum eine Stellung eingeräumt, die außerhalb Preußens kaum verstanden werden kann.

In Preußen existiren zwischen 16 000 und 17 000 Gutsbezirke, die den ländlichen Gemeinden nicht angegliedert sind. Sie sind im Laufe dieses Jahrhunderts gelegentlich der sogenannten „Bauernbefreiung“ zu ihrer Stellung gelangt. Sie bestehen aus den alten Rittergütern, zu denen bei der „Bauernbefreiung“ noch ein Drittel des bisherigen Bauernlandes geschlagen wurde. Diese Gutsbezirke sind völlig selbstständig. In dem Handbuch der Verfassung und Verwaltung des Grafen Hue de Grais heißt es: „Für die Gutsbezirke stehen mit den aus der Natur der Sache folgenden Maßgaben dem Guts-

besitzer alle Rechte und Pflichten der Gemeinden zu. Insbesondere tritt er in Person oder durch einen als Stellvertreter zu bestellenden Gutsvorsteher an die Stelle des Gemeindevorstehers. Die Gemeindeversammlung fällt hier fort.“

Diese Stellung bringt die stärksten Schäden mit sich. Daß die Bewohner der Gutsbezirke in politischer Beziehung dumpf dahinleben, ist bei dem Mangel eines jeden Gemeindelebens ganz selbstverständlich. Aber sie werden auch in materieller Hinsicht schwer geschädigt. Die Schule wird auf dem Mindestmaß des Nothwendigen gehalten; die hygienische Aufsicht über Wohnungsverhältnisse fehlt ganz. Die Wohnungen auf den Gutsbezirken sind vielfach für Vieh zu schlecht. Die Armenpflege ist miserabel und wird vielfach durch den einfachen Kunstgriff, die Arbeiter in der benachbarten Dorfgemeinde wohnen zu lassen, auf diese abgewälzt, indem die Arbeiter dort ihren Unterstützungswohnsitz haben!

Die Wege, soweit sie nicht von größeren Verbänden unterhalten werden, sind wie Alles, was sonst von der Gemeinde zu leisten ist, schlecht. Dazu kommt die politische Befugnis des Gutbesizers als geborenen Gemeindevorstehers, die sich namentlich bei der „Gesindeordnung“ auf das Schlimmste fühlbar macht. Und dieser preussischen Gesindeordnung mit ihren unerhörten Härten unterstehen außer dem eigentlichen Gesinde etwa ein Viertel aller landwirthschaftlichen Arbeiter.

Aber der Einfluß der Junkertique und ihres Anhangs geht weit über diesen Rahmen hinaus und zeigt sich namentlich auch in Dingen, die für den Liberalismus und seine Sache von größter Bedeutung sind. Die preussischen Junker sind die hartnäckigsten Gegner des Ausbaues unserer Kanalanlagen — aus Furcht vor niedrigeren Getreidepreisen. Sie widersetzen sich einer gründlichen Reform der Eisenbahntarife im Interesse ihrer Getreidepreise. Sie sind das wirksamste Hinderniß einer Reform der Personentaxe auf den Eisenbahnen, in denen sie mit Recht eine Erleichterung der Freizügigkeit erblicken, die für die Industrie von der größten Bedeutung, für sie ein Dorn im Auge ist.

Ueber die Steuerbevorzugung der Junkerschaft müßte ein besonderer Aufsatz geschrieben werden. Wir begnügen uns, darauf hinzuweisen, daß durch Gesetz vom 1. April 1895 die staatliche Grund- und Gebäudesteuer in Preußen außer Hebung gesetzt ist, während sie nach wie vor eingeschätzt wird.

Diese nicht bezahlte Steuer wird den Herren für ihr Wahlrecht zu den Kreistagen und dem Abgeordnetenhaus angerechnet — je höher, desto besser für sie. Kann ihnen doch bei ihrer Selbstherrlichkeit auf Grund der staatlichen Einschätzung keine Kommunalsteuer auferlegt werden, wie den übrigen Grundbesitzern!

Und gegenüber all diesen Mißständen, deren Klärlegung in weitesten Kreisen an sich schon ein Verdienst wäre, ist von einer Bewegung des Liberalismus auch jetzt — vor den Wahlen zum preussischen Landtage nichts zu spüren. Entschuldigt der Liberalismus seine Kraft- und Saftlosigkeit bei den Reichstagswahlen mit dem

Der Jude.

Deutsches Sittengemälde

aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts.

Von E. Spindler.

(89. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Dreizehntes Kapitel.

D, höre doch, wie sein Donner zürnet, und welch eherne Rede von seinem Munde ausgeht! Er stehet unter allen Himmeln, und sein Blick scheint auf die Enden der Erde! S. 105.

Die gute Crescenz hatte nichts Eiligeres zu thun, als den Weg zur Siebelfammer zu suchen, um die holde Esther, die kaum, von Thränen und Leid erschöpft, ent schlummert gewesen, aus der süßen Ruhe zu wecken. Das Mädchen fuhr erschrocken empor und ihr Schrecken verdoppelte sich, als ihre Pflegerin ihr in's Ohr rief:

„Du bist verrathen, Mägdelein; auf, Dein Heil ist nur die schnellste Flucht!“

„Verrathen?“ stammelte Esther: „woher wißt Ihr...? wer hat das gethan?“

Crescenz säumte nicht, so schnell als ihre Zunge es gestattete, den Auftritt mit Jodick der staunenden Zuhörerin zu berichten, die sich hierauf in Danksgungen gegen sie erschöpfte.

„Ei, so laß Dank und glatte Worte beiseite,“ schalt endlich die Alte; „was ich dabei gethan, ist gar keines Lobes würdig. Welcher Mensch in der Welt wird solch ein Galgenesicht gutwillig in's Haus und sich die Gurgel abschneiden lassen? darauf hatte es der Schurke doch am Ende bei uns beiden abgesehen. Die Gefahr ist jedoch nicht vorbei, sondern sie kommt erst heran. Entweder ist es wahr, was der Bursche behauptete und der Judenarzt hat Dich an den Schultzeiß verschwagt und in diesem Falle mußt Du schleunig fort oder es ist nicht wahr und der Schandbube gibt selber Dich an; dann mußt Du auch fort. Darum kleide Dich und laufe; es hinet mit mein Herz, daß ich Dich vor die Thüre stoßen muß, —

aber überall wirst Du besser sein, als in den Händen des lustgierigen Schultzeiß.“

„Hochgelobter, gepriesener Gott!“ seufzte Esther trotzlos; „kann Dein Vaterauge solche Bedrängniß, ohne zu helfen? O, daß er fern sein muß, auf den ich baute, auf den ich baute wie auf einen Engel.“

Crescenz hätte gerne der Klagen den Trost gegeben, daß Dagobert nicht mehr ferne sei, allein sie bedachte noch zu rechter Zeit, daß diese Kunde den Schmerz des Mädchens und ihren Widerwillen gegen die plötzliche Trennung vom Schellenhof vermehren würde und dennoch war, ihrer Meinung nach, kein besseres Mittel vorhanden, dem nahenden Unheil zu entgegen. Sie begnügte sich daher, der trauernden Esther aufzutragen, sich in Wald und Busch so lange verborgen zu halten, bis der nächste Abend herangekommen sein würde und alsdann sein vorsichtig auf dem Hof sich wieder zu melden. Unnachlässig drängte sie indessen jezo zum Abschiede, denn neben der Furcht, das Mädchen selbst in der Feinde Schlingen fallen zu sehen, beunruhigte sie das Loos gar sehr, das ihrer warten dürfte, ward ihre Theilnahme an dem heimlichen Handel bekannt.

Aber so sehr sie auch drängte und trieb, so sehr Esther sich beeilte, ihrem Willen folgsam zu sein und kaum sich die Zeit nahm, die schönen Locken mit Crescentias eigenem Wiedertuche von dem gegen die Fenster schwirrenden Regen zu schützen, — so waren doch Warnung und Vorsicht zu spät gekommen. Die Hunde, die sich bisher nicht geregt hatten, fuhrten auf einmal mit wüthendem Toben aus ihren Hütten und an ihrem kurz darz folgenden erbärmlichen Geschrei war bald zu merken, daß einige derbe Schläge sie zur Ruhe verwiesen. Zugleich polterten mehre Stöße gegen die Hausthüre und barsche Stimmen verlangten Einlaß.

„Herrgott, schüße Deine Magd!“ stöhnte Crescenz und löschte schnell die Lampe aus, die sie mit in die Kammer gebracht hatte. „Halte Dich ganz ruhig und still, Estherchen,“ flüsterte sie derselben zu, die sich, an allen Gliedern bebend, in eine Ecke des Stübchens verkroch: „bis ich

hinunterkomme und nicht mache und dem Gesindel die Thüre öffne; fällt mir vielleicht ein Nothbehelf ein und ich rette Dich vor der Nase dieser Spürhunde.“

Rasch, wie ein Mann im rüstigsten Alter, tappte die Alte die Treppen hinab, und begann durch das Schlüsselloch mit den Bewaffneten vor dem Hause zu unterhandeln. Diese waren jedoch keineswegs gelaut, Scherz oder Zögerung mit sich treiben zu lassen, und drohten, Thür und Fenster in Stücke zu hauen, wofern nicht alsogleich aufgethan würde. Da sich nun Crescenz entschuldigte mit Mangel an Licht, so erbaten sich die Belagerer, ihre eigenen Laternen herzugeben, um das Haus zu durchsuchen. Wie sie dann nun immer heftiger wurden, und ohne Aufhören im Namen des Oberrichters die Doffnung begehrten, auch indessen das Gesinde zusammenzulaufen war, und sich wunderte über den willkürlichen Verzug der Schaffnerin, so blieb der letzteren nichts übrig, als in Gottes Namen dem rohen Söldnerhaufen Einlaß zu geben. Der Anführer der grimmigen Schaar fuhr sogleich mit Donnerstimme über die Alte her: „Den Judenbalg gieb heraus, den du in deinem Hause versteckt hältst! heraus! ohne Widerstand und Ausflucht. Du bist des Todes, wenn du nicht blitzschnell thust, was wir begehren!“

Crescenz spielte die Ueberraschte, die Unwissende, aber ihr linksches Zeugnen machte die Herren noch dringender, die gar nicht übel unterrichtet zu sein schienen.

„Lüge, daß du erstickt!“ schrie der Führer: „Wir werden doch wissen, welch Kestlein wir hier auszuheben haben! Spare also deine Winkelzüge, und freue dich auf den Pranger, alte Kupplerin, welche Söhne von ehrlichen Bürgern verführt zur Gemeinschaft mit nichtswürdigen Südtinnen. Mach' dich fertig, und steige voran. Wir wollen schon finden, was unser ist.“

Je näher die Gefahr rückte, je trotziger wurde indessen die Alte, und hätte sich beinahe verleiten lassen, eine Betteuerung darauf abzulegen, daß die gesuchte Südtin sich nicht im Hofe befinde. Indem drängte sich eine neue Figur in den Kreis, und der häßliche Jodick stand wieder

Kampf gegen zwei Fronten, so fällt, wie die Dinge liegen, diese Ausrede bei den Wahlen zum preussischen Landtage fort. Und ebenso verschwinden die Gründe für die Zersplitterung des Liberalismus aus Anlaß der Meer- und Marinefrage, die für den Landtag ausschließen. Um so mehr drängt die Unthätigkeit der liberalen Partei im jetzigen Augenblick die Frage auf die Lippen: Ist der Liberalismus todt?

Soziales und Partei-Leben.

Amerikanische Millionäre als Kostgänger des deutschen Volkes. Die Mannheim-Bremer Petroleum-Aktien-Gesellschaft hat im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Reingewinn von 1.408.253 Mk. erzielt und vertheilt nach Vornahme der üblichen Reservestellungen eine Dividende von 44 $\frac{1}{2}$ pSt. Die Aktien dieser Gesellschaft sind zum größten Theile in den Händen der amerikanischen Petroleumkönige Rockefeller. Nach der lesenswerthen Denkschrift, die der Vorsitzende des Komitees zur Wahrung der Interessen der unabhängigen Petroleumgroßhändler Süddeutschlands, Herr Felix Wachenheim-Mannheim, im letzten Frühjahr an die Mannheimer Handelskammer gerichtet hat, betrug der Import von raffiniertem Petroleum in Mannheim im dem Jahre 1897 1.224.092 Doppelzentner, wovon mindestens 60 pSt. auf die Mannheim-Bremer Petroleum-Gesellschaft und die übrigen 40 pSt. wohl nahezu ganz auf die ihr affilierte, nur scheinbar als Konkurrenzunternehmen auftretende Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft entfallen. Während nun die Transportkosten nach Mannheim für den Doppelzentner nur ca. 40 Pfennig mehr betragen als Bremen, kostete der Doppelzentner Petroleum in Mannheim im Jahre 1897 durchschnittlich 1 Mark 80 Pfennige mehr als in Bremen; die eingangs genannte Gesellschaft verdiente also auf das von ihr importierte Quantum von etwa 800.000 Doppelzentner über 1 Million Mark mehr, als sie hätte verdienen können, wenn sie, statt in Mannheim ihren Sitz beispielsweise in Hamburg oder Bremen hätte; daher auch ihr Reingewinn von beinahe 50 Prozent. Wer diesen Dingen fernsteht, muß sich unwillkürlich an den Kopf greifen und anrufen, wie das nur möglich ist? Die Antwort darauf ist verhältnismäßig einfach und lautet dahin, daß die genannten Gesellschaften, die nichts Anderes als vorgeschobene Posten der großen Standard-Oil-Company des Herrn Rockefeller sind, einfach keine Konkurrenz, sondern vielmehr — bis jetzt noch — das reinste Monopol haben.

Glücklicherweise, schreibt die „Mannheimer Volkszt.“, wird diese konkurrenzlose Ausbeutung des arbeitenden Volkes — denn hauptsächlich dieses, der Arbeiter, Kleinhandwerker, Landmann etc., brennt Petroleum, reiche Leute leisten sich Gas oder Elektrizität — nicht mehr lange dauern, da die Pure-Oil-Company, eine von dem berühmtesten Rockefeller unabhängige Petroleum-Importgesellschaft, in nächster Zeit in Mannheim Tausch baut und der Mannheim-Bremer Gesellschaft auf den Leib rückt. Süddeutschland hat also Aussicht, wenigstens einen Theil der Million zu sparen, die Rockefeller ihm zur Zeit aus der Tasche stiehlt, und billigeres Petroleum zu bekommen, aber nicht durch das Verdienst Herrn Wassermanns oder Herrn Posadowsky's, sondern allein durch die Kühnheit der Mannheimer Petroleumgroßhändler, die der Pure-Oil-Company vermocht haben, mit der Mannheim-Bremer Gesellschaft am Mannheimer Plage in Wettbewerb zu treten.

frech und leibhaftig wie vor einer halben Stunde vor dem zankenden Weibe.

„Glaubt nicht der Heze!“ rief er den Süßnern zu: „Die Dirne ist nicht gekommen aus dem Hause. Ganz Notum (Die Stadt) will sie an der Nase führen, daß sie selbst komme davon mit ganzen Ohren. Doch ich will Euch sagen, was sie nicht will schmusen. Das Bögelein steckt oben im Nest. So Ihr erklimmt die Stiege, hört Ihr's schon piepen und flattern.“

„Der Jude hat eine Nase wie der Teufel!“ schwor der Anführer der Häfcher, welche lärmend gegen die Treppe vordrangen. Vergebens suchte Crescenz den grinsenden Jodick Lügen zu strafen, vergebens gegen ihn selbst eine schwerere Anklage zu richten; sie wurde nicht gehört, ihr Geschrei überhäubt, und der andringende Haufe riß sie in seinen Wirbel mit fort. Den schlagendsten Beweis, daß sie mit Ränken umgehe, schien obendrein das Erscheinen einer Dirne zu liefern, die oben auf dem ersten Treppenabsatz sich sehen ließ, geküßt in unordentlich übergeworfene Nachtkleider, und mit ängstlicher Stimme herunterschrie: „Aber, Frau, Frau, um alles in der Welt! was soll das Getöse? was giebt es denn?“

„Das ist sie!“ rief Jodick dem Häfcheranführer ins Ohr. „Das ist sie!“ donnerte der ganze Haufe, und zwanzig Hände streckten sich nach der Dirne aus, die — ersiehend, daß es auf sie gemünzt sei, mit jämmerlichem Geschrei: „Mein Kind! mein Kind! Hilse! Hilse!“ zurücksprang, und eine schwere Thüre hinter sich ins Schloß warf.

„Siehst du, alte Bettel!“ donnerte der befürzten Schaffnerin, die vergebens eine Erklärung versuchte, der Anführer zu, und gab ihr einen groben Hippenstoß: „da ist das Geschöpf, das wir suchen. Nicht die Dirne, noch ihr Junges soll uns entkommen, und brennen sollen sie beide! Sperr' auf die Thüre.“

Crescenz, von tödlichem Schreck erkältet, suchte zähneklappernd einen Schlüssel nach dem andern in das Schlüsselloch zu passen; da jedoch die Angst den rechten ihr nicht

Aus Mail und Tern.

Wegen **Bandendiebstahls** standen in Berlin am Mittwoch 11 Knaben im Alter von 13 bis 14 Jahren vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I. Sie sollten sich verbunden haben, um gemeinschaftlich Ladendiebstähle zu begehen. Einige von ihnen waren trotz ihrer Jugend bereits mit Gefängnisstrafen und Verweisen vorbestraft. Der Gefährlichste war der 13jährige Schulknabe Emil Dölle, ein Bürschen, welches kaum über die Einführung der Anklageant hinwegblicken konnte. In seinen Gesichtszügen lag ein hervorsteckender Zug von List und Verschmigteit, und diese Eigenschaften hatte er bei Begehung der jetzt zur Anklage stehenden Straftaten auch in der weitgehendsten Weise angewendet. Zur Zeit verläßt er eine einjährige Gefängnisstrafe. Dölle war denn auch die allein ausübende Kraft bei den Diebstählen gewesen, seine Genossen waren mehr oder weniger nur von ihm zum „Schmierstecken“ verwendet worden, wie Dölle sich nach Art alter Verbrecher bereits ausdrückte. Des Nachmittags zog er, bald von diesen, bald von jenen Genossen begleitet, auf Raub aus, an dem einen Tage diesen, an dem andern jenen Stadttheil heimsuchend. Er sahndete auf solche Läden in wenig belebten Straßen, welche von Frauen bedient wurden, die sich während der geschäftlichen Zeit in dem hinter oder neben dem Laden befindlichen Wohnraume aufzuhalten pflegten. Beim Oeffnen der Thüre kückte er sich so, daß man von innen von seinem Körper nichts sehen konnte. Leise drückte er die Klinke nieder und behutsam öffnete er die Thüre so weit, daß er eben durch den Spalt schlüpfen konnte. In kauernder Stellung wartete er ab, ob das leise Anschlägen der Glocke gehört worden sei. War dies der Fall, so kam er doch unentdeckt davon, denn die Inhaberin des Ladens begnügte sich damit, durch das Fenster des Nebenraums einen Blick in den Laden zu werfen, und da sie den am Boden liegenden Einschieber nicht sah, nahm sie an, daß sie sich geirrt habe und begab sich wieder an ihre Arbeit. Nach einer Weile kroch Dölle auf allen Vieren um den Ladentisch herum bis zur Kasse, die er leise aufzog und ihres Inhalts beraubte. Auf gleiche Weise nahm er den Weg zurück. Jeht derartige Diebstähle räumte er ein. Bisweilen waren ihm Beträge bis zu 30 Mark in die Hände gefallen. Das Geld wurde mit den Genossen vertheilt und vergeudet. Dölle wurde vom Gerichtshofe mit einer Zuchthausstrafe von sieben Monaten Gefängnis belegt, von den übrigen zehn Angeklagten wurden einige freigesprochen, die übrigen kamen theils mit Verweisen, theils mit gelinden Gefängnisstrafen davon. „Junge, bist Du denn nicht einmal erwischt worden und hast tüchtige Prügel bekommen?“ fragte der Gerichtsdiener den Dölle, als er ihn nach der Belle zurückführte. „Ne, erwiderte der Gefragte freudestrahlend, „kriegt haben sie mir nich een eenziget Mal.“

Zu Prozeß gegen den **Schuyman Kiefer** wurde der Angeklagte von der Bonner Strafkammer nur der fahrlässigen Körperverletzung für schuldig erklärt und deshalb zu einer Geldstrafe von 100 Mk. und Tragung der Kosten einschließlich der Kosten der Nebenklägerin verurtheilt. Das Urtheil ist äußerst milde ausgefallen. Das erste Mal war bekanntlich Kiefer überhaupt freigesprochen worden.

Nach weiteren Meldungen hatte der Staatsanwalt

wiederum Freisprechung beantragt unter Hinweis darauf, daß Kiefer disziplinarisch, nicht aber gerichtlich zu bestrafen sei. Der dolus eventualis sei nie so ganz unverbächtig, es müsse mit Vorsicht geprüft werden, ob er vorhanden sei. — Derartige Aeußerungen über den „dolus eventualis“ ist man sonst von Staatsanwälten nicht gewohnt.

Ein **betäubender Unfall** ereignete sich gelegentlich der zur Zeit auf dem Gelände der Ortschaften Wagnerschen und Bergfriede in Westpreußen stattfindenden Feldübungen der in Ostpreußen und Deutsch-Eylau garnisontirten Regimenter. Ein Kavallerist des 5. Regiments sprengte beim Hinübergaloppiren über eine Wiese mit seinem Pferde versehentlich in einen Torfbruch; Mann und Roß mußten in dem grundlosen Moorgraben vor den Augen der Uebrigen ertrinken.

Nicht weniger als **viermal** innerhalb drei Monaten hat sich der Titel eines Posener Richters geändert. Er wurde (als Amtsrichter) zum Landrichter ernannt, hatte jedoch sein neues Amt noch nicht angetreten, als seine Ernennung zum Amtsgerichtsrath erfolgte. Jetzt ist er zum Landgerichtsrath ernannt worden. Juristenkreise haben diese vielfachen „Beförderungen“ um so amüsanter gefunden, als Gehaltserhöhungen damit nicht verbunden waren.

Fiat justitia **perent mundus** — Gerechtigkeit werde gelibt und sollte die Welt darüber zu Grunde gehen — dieser schöne lateinische Spruch tritt immer in Geltung, wenn es sich um Kleinigkeiten handelt. Vor uns liegt, schreibt die „Schwäb. Tagwacht“, folgender „amtlicher Strafbefehl“: „Auf Antrag des Rgl. Staatsanwalts für Forststrafgesachen wird die vierzehn Jahre alte Tochter des . . . (das Mädchen eines armen Arbeiters mit zahlreicher Familie) von Tutlingen wegen Forstdiebstahls, begangen im Tutlinger Gemeinwald durch Entwenden von dürrem Holz im Werthe von 10 Pfennig, zu der Geldstrafe von 1 Mk., zum Ersatz des Entwendeten mit 10 Pfennig und der Kosten des Verfahrens verurtheilt.“ Da der Vater die Geldstrafe nicht zahlen kann, wird das Mädchen dafür, daß sie ihren Eltern das Leben erleichtern wollte, 1 Tag ins Gefängnis gehen, um den ihrer Heimathgemeinde zugesagten Schaden von 10 Reichspfennigen zu tilgen und vor aller Welt Zeugniß dafür abzulegen, daß in Deutschland Recht immer Recht bleibt, selbst wenn der gesunde Menschenverstand das größte Unrecht darin erblicken muß. Wir machen den in diesem Falle handelnden Beamten keinen Vorwurf, sie haben schließlich nur ihre Pflicht gethan, aber es hätte gewiß einen Weg gegeben, auf dem die Gemeinde dem Stinde eines steuerzahlenden Bürgers das Gefängniß hätte ersparen können. Wir werden uns dieses Falles erinnern, wenn wieder einmal in einem Falle eine andere Prozis gelibt wird.

Wegen **großer Steuerbelastung** hat ein berühmter italienischer Chirurg auf seine Prozis verzichtet. Professor Enrico Bottini in Pavia, der bekannte Erfinder der galvanokautischen Diätete der Prostata, hat kürzlich folgende Erklärung veröffentlicht: Niedergedrückt unter der Last der mir auferlegten unerschwinglichen Einkommensteuer und außer Stande, mich dagegen zu wehren, verzichte ich gänzlich auf meine Prozis und die Ausübung meines Berufes. Urkundlich dessen zeichne ich Prof. Enrico Bottini.“

finden ließ, so machten die Bewaffneten kürzere Wirthschaft, und rannten die Thüre ein. Wie ein Knaut von Wahnsinnigen stürzte der helle Haufe in das Gemach, und erwischte die schreiende Dirne, da sie eben, besinnungslos vor Entsetzen, mit einem Kinde im Arme, zum hohen Fenster hinauspringen wollte. Während nun Crescenz in der Mitte des Gelümmels umsonst ihre Lunge anstrengte, um zu beweisen, daß die Gefangene nicht diejenige sei, die man suchte, während die Gefangene selbst in Thränen zerfloß, und das Kind jammerte, — während die Häfcher Stricke und Riemen hervorsuchten, um nicht nur allein die mutmaßliche Esther, sondern auch die Schaffnerin und ihr Hausgesinde zu binden, hatte Jodick, seinen Vortheil ersiehend, einem gaffenden Knechte die Leuchte aus der Hand gerissen, und war damit unter dem allgemeinen Getöse verschwunden, um den obern Theil des Hauses zu durchsuchen. Wild klopfte sein Herz, als er die Stufen zum Giebelstübchen erstieg, denn er dachte an die Möglichkeit, daß Esther bereits seiner Wuth entgangen sein möchte; aber so wie er die Kammer öffnete, und mit gierigem Auge in das Dunkel leuchtete, so machte sein ahnender Born hohnlachender Freude Platz. Die arme Esther hatte in ihrer Unruhe, gequält von banger Furcht, nicht an die Flucht gedacht, und sich wie ein Opferlamm in das gräßliche Schicksal ergeben. Nicht die Thüre hatte sie verriegelt, und lag betend, aber ohne zu wissen, was die Lippen beteten, in dem Winkel auf ihren Knien. Hier ergriff sie die Faust des siegenden Feindes; hier rannte ihr seine entsetzliche Stimme in die Ohren: „Du bist mein Esterchen! Gedenkst Du meiner Worte? Der Vollmond ist da, und ich komme, Dich zu holen heim. Höre nicht, zaudere nicht, kleine Spinne! Komm, daß ich Dich führe vom Berge Seier!“

„Abseuchlicher!“ versetzte Esther, mit verachtender Würde sich erhebend: „Hier sind meine Hände, fehle sie, aber höre auf zu mißhandeln die Frau, die mich hat gepflegt wie der Hafe der Wüste. Ihr Geschrei bringt herauf zu mir, Unhold. Laß es verstummen.“

„Alles verstummt unter den Füßen des Herrn!“ entgegnete Jodick höhniß. „Neh Deine Schmäbung wird verstummen, Weib. Mag ich Dir sein wie Gabriel, der Fürst der Barmherzigkeit, oder wie Sammael, der Fürst der finstern Wildniß; gleichviel. Folge mir und schweige wie in der Neumondnacht, die unsers Lebens Dauer uns kund thut.“

Behutsam löschte er die Leuchte aus, packte Esthers rechte Hand fest in die seinige und stieg vorsichtig mit ihr die Treppe hinab. Noch dauerte das Getöse in der Stube des ersten Stockwerks; da der Bösewicht dieses hörte, zwang er auf einmal seine Beute, geschwinder zu entlaufen, stülpte ihr seine weite Mütze über Kopf und Augen, und entführte sie also hinaus ins Weite, trotz den heulenden Hunden. Der Regen floß rieselig und kalt hernieder.

Esther schauderte am Arm ihres gräßlichen Führers, und ließ sich eine gute Weile durch Sand und Moor fortziehen im schweigenden Dunkel, bis sie endlich so viel Besinnung gewann, die leberne Mütze vom Haupte zu reißen, plötzlich stille zu stehen, und mit der Stimme der Verzweiflung zu fragen: „Was ist das Jodick? Warum riffest Du mich denn weg aus dem Hause, warum hast Du mich nicht übergeben den tosenden Häfchern, daß sie mich bänden und fortzuschleppten? und wohin führst Du mich? nicht gen Frankfurt? was soll ich in diesem Gefiripp oder in den Furchen des Feldes? wohin schleppst Du mich, unsauberer Geist?“

„Nach der Hochzeitkammer, Liebchen,“ antwortete grinsend der Schurke, „nach dem Hochzeitbette, und von dannen ins Paradies.“

„Ach!“ schrie Esther, „Du willst mich tödten in Schmach?“

„Nicht doch, Schickselchen,“ versetzte Jodick kalt, „Du wirst leben im Ueberfluß, so Du thust meinen Willen. Doch ist nicht hier der Ort, zu reden von der Zukunft. Komm, Estherchen? 's ist nimmer weit.“

(Fortsetzung folgt.)